

CHINA: STRATEGISCHE ZIELSETZUNGEN UND IHRE REALISIERUNG

Kay Möller

China: Strategische Zielsetzungen und ihre Realisierung

Chinas strategisches Hauptziel seit Beginn der Reformen Deng Xiaopings 1978 ist die Wiederherstellung einer historischen Vormachtrolle im Fernen Osten mit Hilfe wirtschaftlicher Macht. Da die Realisierungschancen spätestens seit der Ostasienkrise von 1997/98 und dem 11. September 2001 mit Fragezeichen zu versehen sind, wird insbesondere in der Führung der Volksbefreiungsarmee (VBA) seit einiger Zeit auch wieder die Bedeutung der militärischen Modernisierung betont. Die durch die erwähnten Entwicklungen geschwächte zivile Führung sieht sich zunehmend genötigt, diesbezügliche Wünsche wohlwollend zu prüfen.

Großmacht?

Deng Xiaoping hatte der Volksrepublik mit seiner teilweisen Entfesselung der Produktivkräfte bis Anfang der neunziger Jahre zu teils zweistelligen Wachstumsraten und neuer internationaler Attraktivität verholfen, nachdem die Rolle als Pol in einem globalen strategischen Dreieck 1991 endgültig verloren gegangen war. Weil damit keinerlei Ambition auf eine politische Evolution einhergingen, sah er sich 1989 gezwungen, im Innern Gewalt gegen jene anzuwenden, die von den Begleiterscheinungen des ökonomischen Projekts wie Inflation und Korruption am deutlichsten betroffen waren und für Reformen demonstriert hatten. Deng zahlte den Preis einer Wiederaufwertung des Militärs in der Politik. Andererseits war es ein Indiz für die Logik seines Kalküls, dass die weltweite Sanktionsfront bereits zwei Jahre nach dem Massaker auf dem Platz des Himmlischen Friedens zu bröckeln begann. Deng Xiaoping hatte nie einen Hehl daraus gemacht, dass er die militärische Modernisierung Chinas als zweitrangig verstand, und die VBA angehalten, einen Teil ihres Budgets mittels sachfremder Aktivitäten zu erwirtschaften (woraus sich bis heute ein Teil der Diskrepanz zwischen amtlichem und vermutlichem Verteidigungshaushalt erklärt). Er hatte darüber hinaus darauf verzichtet, die USA als westpazifische Macht offen herauszufordern, und die Lösung der Taiwanfrage in Anlehnung an Mao Zedong zurückgestellt (eine Rücksichtnahme, die Margaret Thatcher nicht zuteil werden sollte). Unter diesen Umständen sowie angesichts der erwähnten wirtschaftlichen Anziehungskraft kehrte auch die Clinton-Administration 1994 nach kurzfristigem Liebäugeln mit einer konsequenten Menschenrechtspolitik zu dem Versuch zurück, die Volksrepublik mit Hilfe eines langjährigen Dialogprozesses einzubinden. Beijing seinerseits ließ sich auf dieses Angebot äußerst selektiv ein und signalisierte auf Feldern wie Menschenrechte, militärische Transparenz oder Proliferation entweder nur wenig Entgegenkommen oder nahm solches anschließend wieder zurück. Weitreichende Zugeständnisse schienen schon deshalb verzichtbar, weil Europäer, Russen und Japaner sich hier erkennbar bedeckt hielten. Was Chinas multilaterale Einbindung anging, zeichnete sich eine Präferenz für symbolische beziehungsweise materiell ergiebige Abkommen auf Kosten von intrusiven Vereinbarungen mit hoher Bindewirkung ab. Insofern entsprachen die traditionell "flachen" Regionalismus-Projekte im pazifischen Asien wie etwa die Asia-Pacific Economic Cooperation (APEC) oder das sicherheitspolitische ASEAN Regional Forum (ARF) durchaus chinesischen Neigungen. In der Frage der künftigen Strukturierung der ostasiatisch-pazifischen Region kündigte sich einmal mehr ein subtiler Wettbewerb zwischen Beijing und Tokio an.

Als Chinas Wachstumsraten vor dem Hintergrund der Ostasienkrise zurückgingen und sich das Einkommensgefälle zwischen Stadt und Land, Küste und Binnenland weiter verschärfte, entschied sich die Regierung in Beijing zu einer Doppelstrategie: Zum einen bekannte sie sich in den Verhandlungen für einen Beitritt zur Welthandelsorganisation (World Trade Organisation, WTO) zu jener weiteren wirtschaftlichen Öffnung, die der Westen erhoffte und die grundsätzlich einen Ausweg aus den wachsenden Problemen auf dem Arbeitsmarkt wiesen. Zum anderen legte sie ein Infrastrukturprogramm in Milliardenhöhe auf, mit dem vielfach inrentable Staatsbetriebe vor dem Konkurs gerettet wurden, wobei es zu einem Haushaltsdefizit in Höhe von zirka 25 Prozent des Brutto-Inlandsprodukts (BIP) und einem Anteil nichtrückholbarer Kredite am Gesamtvolumen der von den staatlichen Handelsbanken vergebenen Kredite von 30–50 Prozent kam. Zwar bleibt Chinas amtliche Auslandsverschuldung vergleichsweise gering, aber mit Umsetzung der WTO-Vereinbarungen wird es verstärkt zu Kapitalflucht kommen und die Volksrepublik sehr viel abhängiger von globalen Kapitalbewegungen werden. Gleichzeitig gilt als wahrscheinlich, dass mit dem WTO-Beitritt jedenfalls in einer ersten Phase mehr Arbeitsplätze vernichtet als geschaffen werden (derzeit gibt es schätzungsweise 20 Millionen Arbeitslose in den Städten und 200 Millionen Unterbeschäftigte auf dem Land). Auf der Habenseite verbucht China seit zwei Jahren wieder schnell ansteigende ausländische Direktinvestitionen, die nicht unwesentlich auf Kosten ostasiatischer Nachbarstaaten getätigt werden.

Auch wenn die Führung in Beijing entschlossen sein sollte, die WTO-Vereinbarungen zügig und umfassend zu implementieren, dürfte sie auf zahlreiche, nicht zuletzt lokale Widerstände stoßen. Aber auch in der Hauptstadt werden die Risiken einer konsequenten Öffnung für die Herrschaft der Kommunistischen Partei Chinas (KPCh) realistisch bewertet und man tendiert dort zunehmend zu einem (dort gerade gescheiterten) "südkoreanischen Modell" aus großen, von Staat, Partei und Provinzen abhängigen Mischkonzernen sowie einer fortgesetzten Stimulierung der Binnennachfrage.

Die Volksrepublik China ist 2002 keine zur Machtprojektion fähige Großmacht und wird dies auch in den nächsten zehn Jahren nicht werden. Während die Integration importierter Waffensysteme vielfach mit Problemen behaftet ist, liegen selbst modernste chinesische Eigenentwicklungen um mindestens eine Generation hinter vergleichbarer westlicher Technologie zurück. Es werden Jahre vergehen, bis auch nur rudimentäre Kapazitäten moderner Kriegführung zur Verfügung stehen. Die mangelnde Interoperabilität der Teilstreitkräfte bleibt problematisch.

Verantwortlich hierfür ist in erster Linie der hochgradig zentralisierte Charakter von Industrie und Administration, der dazu führt, dass es an jener Kreativität mangelt, die insbesondere in technologisch fortschrittlichen Sektoren unverzichtbar ist. Nichtsdestotrotz kann eine große, relativ rückständige Streitmacht, kombiniert mit einer begrenzten Zahl einheimischer rüstungstechnischer Errungenschaften sowie insbesondere einigen intelligenten Importen, wesentlichen Einfluss auf das ostasiatische Kräftegleichgewicht ausüben. Diesbezügliche Planungen der VBA gelten in erster Linie der Taiwan-Straße, wo nicht nur der taiwanische Verteidiger, sondern auch die Siebte US-Flotte zu bezwingen wäre.

Angesichts der Kluft zwischen den militärischen Fähigkeiten der Volksrepublik und der USA hat sich Beijing 1999 vor dem Hintergrund der NATO-Invasion im Kosovo für eine Strategie der "asymmetrischen Kriegführung" entschieden, in deren Rahmen die amerikanische Seite durch Aufrüstung in kritischen technologischen Nischen entweder von einer Intervention abgeschreckt oder gar auf dem Kriegsschauplatz besiegt werden soll. Mit dieser Strategie soll offenbar die Zeit überbrückt werden, die China benötigt, um sich ein umfassendes Arsenal für Zwecke der Machtprojektion zuzulegen.

Selbst nach amtlichen Angaben haben sich die Verteidigungsausgaben der Volksrepublik zwischen 1986 und 1999 nominell nahezu verdreifacht. Seit 2000 ist das Budget jährlich um über 17 Prozent angewachsen, was unter anderem als Kompensation für den 1998 verordneten

Teilrückzug der VBA aus ihren wirtschaftlichen Aktivitäten gewertet wird. Das 2002 erreichte Volumen von zirka 20 Milliarden US-Dollar wird nach westlichen Schätzungen in der Praxis um etwa das Dreifache überschritten. Chinas Verteidigungsausgaben würden demnach die japanischen übertreffen.

Der Schwerpunkt der militärischen Modernisierung der Volksrepublik liegt seit Ende der achtziger Jahre bei Marine, Luftwaffe und Raketenwaffe. Dabei kam es zu einem Mix aus (vielfach aus sowjetischer Technologie weiterentwickelten) lokalen Entwicklungen und Importen aus Russland und Israel. Seit 2000 ist China der größte Rüstungsimporteur der Welt. 2001 soll über die Hälfte aller russischen Rüstungsexporte mit einem Gesamtwert von 4 Milliarden US-Dollar auf die Volksrepublik entfallen sein. Moskau hat es allerdings bisher abgelehnt, modernste Systeme wie den Tu-22-M "Backfire" Überschallbomber oder den Sukhoi-35 Jagdbomber zu verkaufen.

Es gibt Anzeichen dafür, dass sich Beijings Nukleardoktrin seit Ende der achtziger Jahre von der Minimalabschreckung (bei der zivile Ziele auf dem Territorium des Angreifers mit Vergeltungsschlägen bedroht werden) zu begrenzter Abschreckung (bei der militärische Ziele im Rahmen von Kampfhandlungen angegriffen werden) fortentwickelt hat, was unter Umständen einen Widerspruch zu Chinas 1964 formuliertem Verzicht auf einen Ersteinsatz bedeuten könnte. In diesem Lichte wäre gegebenenfalls auch die Modernisierung der sogenannten "Zweiten Artillerie" zu sehen. Chinas strategische Atomwaffe besteht heute aus zirka 20 Interkontinentalraketen, 130–150 Mittelstreckenraketen mittlerer und größerer Reichweite und zirka 350 Kurzstreckenraketen (letztere sind vornehmlich an der Taiwan gegenüberliegenden Küste disloziert und vermutlich für konventionelle Angriffe vorgesehen). Zwei Prototypen für neue Interkontinentalraketen befinden sich in der Testphase und könnten 2005 beziehungsweise 2010 in Dienst gestellt werden. Nukleare Langstrecken-Marschflugkörper werden aus russischen Prototypen fortentwickelt.

Kooperative Macht?

Die kommunistische Führung hatte bis Ende der neunziger Jahre an den Erfolg ihres Konzepts geglaubt und sich – trotz anhaltender multipolarer Experimente in Gestalt "strategischer Partnerschaften", insbesondere mit Russland – zunehmend auf die Herausbildung einer bipolaren Welt zwischen Beijing und Washington eingestellt. Dabei wurden die USA einerseits als Quelle von Kapital, Knowhow und Prestige betrachtet, andererseits aber auch als dominierende Macht auf den globalen Märkten, darunter nicht zuletzt dem Energiemarkt, Kontrolleur der wichtigsten Schifffahrtswege zwischen Ostasien und dem Golf und somit potentiell Hindernis für die eigenen Pläne. Der Hindernischarakter fand seinen deutlichsten Ausdruck in der Taiwan-Straße, wo Washington die unabhängige Existenz der zunehmend selbstbewussten Inselrepublik mit Rüstungsexporten sicherstellte und mit Amtsantritt George W. Bushs sogar die bisher geübte "strategische Ambiguität" über Bord warf, einen regionalen Raketenschirm plante und die Militärbeziehungen spektakulär intensivierte.

Dennoch belegten die Folgen der Notlandung einer amerikanischen Aufklärungsmaschine auf Hainan am 1. April 2001 die Existenz einer starken Wirtschaftslobby in der Republikanischen Partei, die weder mit der Taiwanlobby noch mit jener Energielobby identisch war, die nach dem 11. September für die Gründung von Stützpunkten in Zentralasien verantwortlich zeichnete (wo China seinerseits diverse, nicht zuletzt energiepolitische Interessen verfolgt). Beijing hatte zu dieser Zeit kaum eine andere Wahl, als sich der antiterroristischen Koalition anzuschließen, und die seit Bushs Amtsantritt und Condoleezza Rices Sprachregelung von dem "strategischen Wettbewerber" Volksrepublik belastete bilaterale Atmosphäre verbesserte sich erheblich. Nichtsdestotrotz glaubten führende Konservative in der Administration weiterhin an einen mittelfristigen Konfrontationskurs und verabschiedeten sich von Clintons Einbindungspolitik. Gleich nach Hainan brach das Pentagon alle militärischen Kontakte ab, und ein halbes Jahr später war es keinesfalls zu der in China erwarteten Multilateralisierung

amerikanischer Außenpolitik gekommen. Das Gegenteil war der Fall: Binnen weniger Wochen hatten die USA Stützpunkte in Afghanistan, Pakistan und allen zentralasiatischen Republiken eingerichtet, ihre militärische Zusammenarbeit mit Japan und Taiwan intensiviert und eine entsprechende Kooperation mit Indien in Aussicht genommen, das 1998 unter Verweis auf eine chinesische Gefahr fünf Atombomben getestet hatte. 2002 schloss sich der Ring aus militärischen Allianzen und Partnerschaften rund um die Volksrepublik mit Eröffnung einer "zweiten Front" in Südostasien. Gleichzeitig kam es zu einer spektakulären amerikanisch-russischen Annäherung und einer de facto-Abkehr Washingtons vom Entspannungsprozess auf der koreanischen Halbinsel.

Dabei wurden die traditionellen chinesisch-amerikanischen Friktionen keineswegs einer Lösung nähergeführt. Zwar hielt sich Bush während seines ersten Staatsbesuchs in Beijing im Februar 2002 in der Frage der Menschenrechte zurück. Er hatte allerdings vier Monate zuvor mit Blick auf die zunehmende Repression in Chinas Nordwestregion Sinkiang erklärt, Beijings Mitwirkung an der "internationalen Koalition" dürfe niemals zum Vorwand für die Verfolgung ethnischer Minderheiten werden. Der Umstand, dass die USA im August 2002 eine bis dahin kaum bekannte Islamische Bewegung Ostturkestans auf die Terrorismusliste des State Department setzten und so weiterer Repression seitens der Volksrepublik Vorschub leisteten, bleibt noch zu bewerten. Grundsätzlich behält sich Washington vor, in Konflikten Territorien zu besetzen und Regime auszuwechseln, eine für China inakzeptable Verletzung des Nichteinmischungs-Prinzips.

Auf dem Gebiet der Proliferation von Raketen und Massenvernichtungswaffen hat die Bush-Administration den Druck auf die Volksrepublik seit dem 11. September noch erhöht. So wurden chinesische Firmen 2001 und 2002 mit Sanktionen belegt, die Raketentechnologie nach Pakistan beziehungsweise Komponenten für biologische und chemische Waffen an den Iran geliefert hatten. Die Implementierung der im August 2002 (anscheinend als Gegenleistung für den tendenziellen amerikanischen Kurswechsel in Sinkiang) bekannt gegebenen neuen Regelungen Chinas für den Export von Raketentechnologie bleibt abzuwarten. Die bisherigen Erfahrungen begründen diesbezüglich wenig Optimismus. Die USA haben ihre Pläne für die Errichtung eines nationalen beziehungsweise nordostasiatischen Raketenabwehrsystems nicht nur nicht aufgegeben, sondern als Folge des 11. September zusätzlich forciert. Beijings größte Sorge in diesem Zusammenhang gilt einem regionalen Raketenschirm, der Taiwan abdecken würde. China ist es nicht gelungen, die eigene Raketenproliferation in diesbezügliche Verhandlungen als Quidproquo einzubringen, und anders als im Fall Russlands hat Washington wenig Interesse gezeigt, chinesischen Bedenken Rechnung zu tragen. Im März 2002 wurde bekannt, dass das Pentagon seinerseits den Einsatz von Atomwaffen im Falle eines Krieges in der Taiwanstraße nicht ausschließt. Insbesondere in dieser Frage beleuchten Entwicklungen seit dem 11. September eine zunehmende Unvereinbarkeit der Standpunkte. Bush hat das sogenannte "ein-China-Prinzip" nur selten erwähnt und stattdessen den Taiwan Relations Act (TRA) von 1979 in den Vordergrund gerückt, der Washington verpflichtet, die Inselrepublik mit "Defensivwaffen" zu beliefern und ihr im Falle eines chinesischen Angriffs zur Hilfe zu kommen. Im April 2001 hatte der Präsident ein robustes Rüstungspaket für Taipei bewilligt, das unter anderem acht dieselgetriebene U-Boote und vier Zerstörer umfasste. Seitdem hat Taiwan zunehmend auch militärische Software bezogen und seine Kommunikationsfähigkeit mit der Siebten Flotte verbessert. Anfang 2001 hatte der amerikanische Präsident in einem Interview insistiert, "alles Notwendige" tun zu wollen, um Taipei im Konfliktfall zur Hilfe zu kommen. Im Februar 2002 erklärte er in einer Rede vor dem japanischen Parlament, Amerika werde sich seiner Verpflichtungen "gegenüber dem Volk von Taiwan" bewusst bleiben. Im März reiste der taiwanische Verteidigungsminister erstmals zu sicherheitspolitischen Konsultationen in die USA, die künftig regelmäßig abgehalten werden sollen. Ebenfalls erstmals wurden Offiziere und Beamte aus Taiwan in sicherheitspolitische Ausbildungsprogramme beim

Pazifikkommando in Hawaii einbezogen. Beobachter sprechen von einer Entwicklung in Richtung auf eine "de facto-Allianz".

Schließlich haben sich auch die traditionellen chinesisch-amerikanischen Handelskonflikte trotz Beijings WTO-Beitritt nicht entschärft. Ein Streit um den Import amerikanischer Sojabohnen wurde im März 2002 nur provisorisch beigelegt, und China hat die 30-prozentige Anhebung amerikanischer Zölle auf Stahlimporte bei der WTO anhängig gemacht.

2001 rief der Kongress zwei Kommissionen ins Leben, die alljährlich Berichte über die Auswirkungen der bilateralen Wirtschaftsbeziehungen auf die nationale Sicherheit der USA beziehungsweise über Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit vorlegen sollen. Auch deren Aktivitäten haben seither für bilaterale Irritationen gesorgt.

Andererseits signalisierte der Beijinger Gipfel eine atmosphärische Verbesserung der bis dahin getrübt zwischenstaatlichen Beziehungen. Obwohl die konkreten Beiträge der Volksrepublik zur antiterroristischen Koalition eher bescheiden ausgefallen waren, wurden diese von Bush wiederholt gewürdigt. Während seines ersten Chinabesuchs im Oktober 2001 sprach der Präsident von einer "kooperativen und konstruktiven Beziehung". Die Volksrepublik bescheinigte den USA im Gegenzug legitime Interessen im Pazifik. Staats- und Parteichef Jiang Zemin und sein designierter Nachfolger Hu Jintao erhielten Einladungen nach Washington. Über die Wiederaufnahme eines regelmäßigen militärischen Dialogs wird verhandelt. Auf chinesischer Seite ist man sich der Bedeutung der USA als größter Exportmarkt bewusst und möchte dieses Verhältnis jedenfalls während des in der Volksrepublik anstehenden Machtwechsels ruhigstellen. Dabei muss es nicht bleiben, vor allen Dingen dann nicht, wenn wachsende sozioökonomische Probleme in der Volksrepublik eine zusätzliche Nachfrage nach Nationalismus schaffen (s.u.). So erklärte das Pentagon im Juli 2000 in einem Bericht an den Kongress, China rüste auf, um Taiwan zu bezwingen und eine amerikanische Intervention in einem Krieg in der Taiwan-Straße zu erschweren. Bis 2005 würde die Zahl der Taiwan gegenüber dislozierten Kurz- und Mittelstreckenraketen von derzeit zirka 350 auf 600 angestiegen sein. China könne mit seiner U-Bootflotte eine Seeblockade verhängen und der Siebten Flotte mit Hilfe neuer russischer Zerstörer ernsthaften Schaden zufügen.

Natürlich sagt diese Diagnose noch nichts über Beijings eventuelle Bereitschaft zur Gewaltanwendung aus. Ein Angriff auf Taiwan würde zweifellos die Chancen für eine Realisierung der ökonomischen Agenda minimieren. Allerdings sind diese Chancen, wie gesehen, ohnehin nicht eindeutig. Von ihnen hängt wiederum die Legitimation der politischen Führung in China ab.

Politischer Imperativ

Es ist nicht zuletzt die Kombination aus unklarem Status und mangelnder Kooperationsbereitschaft, die das grundsätzliche Überleben eines politischen Imperativs in der Volksrepublik signalisiert, der in erster Linie dem Fortbestand der Einparteienherrschaft gilt. Das personalpolitische Ergebnis des 16. Parteitags der KPCh vom November 1996 garantiert einen andauernden Einfluss des scheidenden Parteichefs Jiang Zemin hinter den Kulissen und reduziert die Bewegungsfreiheit seines Nachfolgers Hu Jintao erheblich. Je nach Lage dieses Schwebezustands könnte es einmal mehr zu Fraktionskämpfen kommen. Diese würden nicht mehr in Form eines ideologischen Kräftemessens ausgetragen werden, könnten aber im Ergebnis sowohl zu einer politischen Öffnung als auch zu verschärftem Autoritarismus führen. In jedem Fall würden sie die Handlungsfähigkeit der kollektiven Führung in einer entscheidenden Übergangsphase lähmen.

Jiang Zemin liegt neben der Sicherung seines Einflusses auf die Tagespolitik daran, als politischer Visionär von der Statur eines Deng Xiaoping in die Geschichte einzugehen. Hatte dieser der KPCh eine Kombination aus wirtschaftlicher Öffnung und politischer Abschottung verordnet, so zielt Jangs Anfang 2000 lancierte "Drei Repräsentanten"-Kampagne (die Partei

repräsentiert die Bedürfnisse der fortschrittlichen Produktionskräfte, der fortschrittlichen Kultur und der breiten Massen) auf die Absorption der neuen chinesischen Unternehmerklasse und der Intellektuellen durch die KPCh. Deren Mitgliederzahl beläuft sich heute auf 64 Millionen (1990: 50 Millionen), und es gibt Parteizellen in einigen joint ventures und einheimischen Privatunternehmen. Der Einfluss der Partei in solchen Firmen ist allerdings sehr viel geringer als in den Staatsbetrieben, die zwar nur noch 25 Prozent des BIP erwirtschaften, aber nach wie vor zirka 50 Prozent der städtischen Arbeitnehmerschaft beschäftigen. Selbst in solchen Betrieben ist die Rolle der Partei angesichts wachsender Furcht vor Arbeitslosigkeit und sozialem Abstieg rückläufig. So zählten sogar die chinesischen Medien zwischen Anfang 1997 und Ende 2000 landesweit etwa 100 000 Demonstrationen unter Beteiligung von jeweils mehreren hundert Personen, die sich zumeist gegen Entlassungen und die Nicht-Auszahlung von Löhnen und Gehältern wandten. Im April 2002 kam es erstmals zu Querverbindungen zwischen zwei lokalen Protestbewegungen, als 300–400 Arbeiter aus der erdölverarbeitenden Industrie im nordwestlichen Lanzhou tagelang gegen Entlassungen demonstrierten, nachdem sie von entsprechenden Aktivitäten tausender Kollegen im 1500 Kilometer entfernten Daqing erfahren hatten. Auf dem Lande gibt es ähnliche Proteste schon seit Anfang der neunziger Jahre, als das Einkommensgefälle zwischen Stadt und Land wieder zugenommen hatte und lokale Funktionäre die Bevölkerung mit erhöhten Abgaben und anderen Akten der Willkür drangsalierten. Für derlei Unmut gibt es seit Mitte der achtziger Jahre ein theoretisches Ventil in Gestalt von Wahlen auf Gemeindeebene, bei denen auch unabhängige Kandidaten nominiert werden können, vorausgesetzt, sie stellen die Herrschaft der KPCh nicht in Frage. Die diesbezügliche Praxis variiert von Dorf zu Dorf erheblich, und es ist bisher nicht erkennbar, dass dieses Experiment auf der nächsthöheren (städtischen) Ebene fortgeführt werden soll.

Das Korruptionsproblem ist allerdings nicht auf Chinas Dörfer beschränkt, sondern systemisch bedingt. Anfang 2002 wurde eine Untersuchung gegen den Präsidenten der staatlichen Konstruktionsbank, einen Protä©gÄ© Zhu Rongjis, eingeleitet. 2001 waren Li Pengs Frau und einer seiner Söhne gerüchteweise in den Verdacht der Vorteilsnahme geraten. 2000 wurde einer seiner Stellvertreter im NVK wegen Korruption hingerichtet. Ebenfalls 2000 wurden Dutzende Funktionäre in der Hafenstadt Xiamen wegen einer Schmuggelaffäre inhaftiert oder hingerichtet. Unter den Inhaftierten war ein stellvertretender Minister für öffentliche Sicherheit.

Nimmt man anhaltende, teils spektakuläre Aktionen gegen die Falungong-Sekte, verschärfte Unterdrückung uighurischer Unabhängigkeitskämpfer in Sinkiang und den Entzug der Lizenzen kritischer Publikationen hinzu, so wird das innenpolitische best case-Szenario in den nächsten fünf Jahren aus anhaltendem Beijinger Improvisieren einhergehend mit sozialen Unruhen und zunehmender staatlicher Repression bestehen. Die Perspektive einer friedlichen Evolution inner- oder außerhalb der Partei durch mehr Kommunikation und Zusammenarbeit mit der neuen Mittelklasse und einer neuen Zivilgesellschaft ist allenfalls eine langfristige. Mittelfristig bleiben auch andere Szenarien relevant, darunter autoritäre Großmacht oder Zerfall.

Dr. Kay Möller

Wissenschaftlicher Mitarbeiter der Stiftung Wissenschaft und Politik,
Deutsches Institut für internationale Politik und Sicherheit, Berlin